



Wahlen zum Deutschen Bundestag 2021 Erwartungen der Freien Wohlfahrtspflege an die 20. Legislaturperiode

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege legt hiermit Ihre Erwartungen an die nächste Legislaturperiode ab Herbst 2021 dar. Die hier nur schlagwortartig zusammengefassten Forderungen sind in Einzelpapieren detailliert begründet. Die Überschriften sind zum jeweiligen Themenpapier verlinkt. Den Link zum Gesamtpapier finden Sie [hier](#).

Die BAGFW möchte zu diesen Erwartungen mit den demokratischen Parteien, Fraktionen, Kandidaten und Abgeordneten ins Gespräch kommen, die für den Deutschen Bundestag kandidieren.

Wir stehen Ihnen gerne für weitere Erläuterungen und Gespräche zu Verfügung. Bitte schreiben Sie uns eine Mail an wahlen@bag-wohlfahrt.de. Wir melden uns umgehend.

1. Demokratie und Diversität: Für die Stärkung einer vielfältigen und diskriminierungsfreien Gesellschaft

1. Wir erwarten ein aktives Eintreten für eine vielfältige Gesellschaft, in der Chancengleichheit und gleichberechtigte Partizipation verwirklicht werden.
2. Wir erwarten ein aktives Eintreten gegen Rassismus, Antisemitismus, Ausgrenzung und Spaltung und für ein friedliches Zusammenleben. Politik ist dem Schutz der Würde jedes Menschen verpflichtet. Die Beratungsstrukturen und entsprechenden Präventions-Programme Integration müssen verstetigt werden. Die Verabschiedung des geplanten Demokratiefördergesetzes sehen wir als wichtiges Signal.
3. Wir erwarten den Ausbau des Diskriminierungsschutzes durch Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) sowie den Ausbau und Verstetigung der Beratungsstrukturen und Förderprogramme im Antidiskriminierungsbereich.
4. Wir erwarten die Förderung einer diversitätssensiblen Aus- und Weiterbildung der sozialen Berufe sowie die verbesserte Förderung der politischen Bildung als Demokratiebildung.
5. Die diversitätsorientierte Organisationsentwicklung in Behörden und Einrichtungen muss vorangebracht werden.
6. Zur Bekämpfung von Hate Speech, Verschwörungsmäthen und undemokratischem Verhalten in den sozialen Netzwerken und anderen Medien erwarten wir von der Bundespolitik, die gesetzlichen Spielräume zur Bekämpfung von Hassrede und „fake news“ zu nutzen und ggf. zu



erweitern. Medienbildung und politische Bildung muss stärker als bisher Teil der schulischen Bildung sowie der außerschulischen Bildungsarbeit werden.

2. Klimawandel und Nachhaltigkeit

„Der Klimawandel bedroht den sozialen Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt“

1. Wir erwarten wesentliche Schritte in Richtung einer sozial-ökologischen Wende, die die Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele sowie der UN-Nachhaltigkeitsziele sicherstellt und die dafür notwendigen sozialpolitischen Maßnahmen und Weichenstellungen konsequent umsetzt.
2. Zukünftige öffentliche Förderprogramme zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Stärkung der Nachhaltigkeit müssen sich auch an die Träger und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege wenden. Zudem müssen die Refinanzierungsmechanismen der Freien Wohlfahrtspflege entsprechende Aufwendungen integrieren.

3. Europapolitik: Für ein starkes, soziales und nachhaltiges Europa

Die BAGFW erwartet von der Bundespolitik sich über eine aktive Europapolitik für den Ausbau des sozialen Europas einzusetzen. Zivilgesellschaftliche Akteure müssen in transparenten und partizipativen Prozessen eingebunden, sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geschützt und gestärkt werden. Im Folgenden formuliert die BAGFW konkrete Erwartungen an die Bundespolitik, um diese Ziele zu erreichen.

1. Das soziale und nachhaltige Europa stärken
2. Stärkung der not-for-profit social economy
3. Umsetzung von EU-Fördermitteln erleichtern

4. Gleichwertige Lebensverhältnisse

1. Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse bleibt eine zentrale politische Aufgabe im Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen. Ihre Gewährleistung ist eine wichtige Voraussetzung zur Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.
2. Bürgerschaftliches Engagement leistet einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung gleichwertiger Lebensverhältnisse und zur Sicherung von Teilhabe. Von der Bundespolitik erwartet die BAGFW eine angemessene



Beteiligung an der Finanzierung der Infrastruktur des Bürgerschaftlichen Engagements.

3. Die BAGFW erwartet in der neuen Legislaturperiode insbesondere auch eine stärkere Unterstützung von finanzschwachen Kommunen zur nachhaltigen Sicherung ausreichender Finanzierungsbedingungen sozialer Infrastruktur.
4. Bei der Digitalisierung von Sozialverwaltungsleistungen im Zuge der Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes ist das Wunsch- und Wahlrecht der Menschen als Leitmaxime zu beachten.

5. Lehren aus der Corona-Pandemie

1. Wir erwarten eine aktive, investive Sozialpolitik mit einem Schwerpunkt auf besonders vulnerablen vor allem armutsgefährdeten Gruppen. Aufgrund der hohen staatlichen Finanzausgaben und eines zu erwartenden Rückgangs der Steuereinnahmen, stehen wir vor schwierigen Verteilungsfragen. Diese dürfen nicht zu Lasten der Schwächsten in der Gesellschaft beantwortet werden. Wir fordern, Menschen in den Fokus zu rücken und Leistungsausschlüsse zu beenden.
2. Wir erwarten ein Gesamtkonzept, bei dem die Politik ihrem besonderen Auftrag gerecht wird, sich für die Belange aller Familien als Grundpfeiler der Gesellschaft einzusetzen, um deren Lebenssituation zu verbessern und zu sichern.
3. Wir erwarten eine Stärkung der gesundheitlichen Prävention durch eine partizipative und zielgerichtete Präventionspolitik: Präventionsmaßnahmen sind der beste Infektionsschutz!
4. Wir erwarten eine nachhaltige Sicherung der sozialen Infrastruktur.
5. Wir erwarten Maßnahmen gegen die gesundheitlichen Folgewirkungen der Pandemie und der Pandemiebekämpfung.

6. Teilhabe durch gemeinwohlorientierte Digitalisierung

1. Wir erwarten klare Schritte zu einer sozialen und gemeinwohlorientierten Digitalisierung, die sich an den Menschen ausrichtet. Digitalisierungsprozesse dürfen nicht die gesellschaftliche Teilhabe einzelner Gruppen erschweren, sondern müssen zu mehr Partizipationsmöglichkeiten für alle führen.
2. Wir erwarten die Stärkung der Vielfalt im Netz und freien Zugang zu Wissen und Dienstleistungen.



3. Wir erwarten den Ausbau und die Förderung digitaler Angebote im Rahmen der sozialen Dienstleistungen und eine verbesserte Finanzierung der Digitalisierungsprozesse in der Freien Wohlfahrtspflege.
4. Wir erwarten den Ausbau von Förderprogrammen in Bezug auf Digitalisierung speziell in der Kinder- und Jugendhilfe.
5. Wir erwarten die durchgehende Anbindung der Langzeitpflege an die Telematikinfrastruktur.

7. Kinder, Jugend, Frauen, Familie

1. Wir erwarten den wirksamen Abbau regional bedingter Bildungsungleichheiten und die Bündelung familienpolitischer Leistungen zugunsten von Kindern und Jugendlichen, so dass das Existenzminimum gedeckt ist und insbesondere Familien, die von Armut bedroht oder betroffen sind, ausreichend gefördert werden.
2. Wir erwarten die Umsetzung eines breit angelegten Gewaltschutzes mit umfassenden und passgenauen Schutzmaßnahmen.
3. Wir erwarten die Schaffung von Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, Beruf, Familie und Pflege zu vereinbaren, dabei die Situation von Einelternfamilien berücksichtigen und helfen, die systematische Benachteiligung von Frauen in der Arbeitswelt abzubauen.

8. Altenhilfe

1. Wir erwarten eine umfassende Reform der sozialen Pflegeversicherung
2. Wir erwarten die Entlastung von pflegenden Zu- und Angehörigen
3. Die Digitalisierung in der Pflege muss weiter vorangetrieben werden
4. Wir erwarten eine Stärkung der Hospizkultur und Palliativversorgung in stationären Pflegeeinrichtungen
5. Wir erwarten eine Weiterentwicklung der Pflegeausbildung
6. Seniorenpolitik und kommunale Seniorenarbeit stärken

9. Arbeitsmarktpolitik und Teilhabe

1. Wir erwarten von der Bundespolitik, die Digitalisierung in den Angeboten der Arbeitsförderung als strategisches Ziel zu fassen und mit einem Förderprogramm zu unterlegen.



2. Wir erwarten, das Instrument „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ nach § 16i SGB II zu entfristen und ausreichend finanzielle Mittel für seine Umsetzung im Eingliederungstitel sowie über den Passiv-Aktiv-Transfer bereit zu stellen.
3. Wir erwarten den gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylsuchende nach spätestens drei Monaten und eine gute Arbeitsmarkt- und Sprachförderung für diese Gruppe. Dolmetscherdienste müssen verlässlich angeboten und finanziert werden, damit der Zugang zu Sozialleistungen nicht an der Sprachbarriere scheitert.
4. Wir erwarten die Schaffung eines individuellen gesetzlichen Anspruchs auf Schuldnerberatung – etwa durch eine Anspruchsregelung in § 68a SGB XII. Entsprechend braucht es eine bundesweit einheitliche Finanzierung der Schuldner- und Insolvenzberatung.

10. Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

1. Wir erwarten, dass sich die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben deutlich verbessert.
2. Wir erwarten die Etablierung einer inklusiven Bildung als Normalzustand.
3. Wir erwarten, dass das Menschenrecht auf einen barrierefreien Zugang zu allen Gesundheitsleistungen realisiert wird.
4. Wir erwarten eine gleiche gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen und entsprechend Zugang zu Leistungen der Eingliederungshilfe für alle Menschen mit Behinderungen.
5. Wir erwarten eine Gesamtstrategie in den Bereichen Prävention, Rehabilitation, Gesundheit und Pflege in Verbindung mit der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen

11. Gesundheitswesen: Chancengleichheit, Prävention, Reha

1. Wir erwarten eine Novellierung des Präventionsgesetzes.
2. Wir erwarten die Herstellung und Sicherung gesundheitlicher Chancengleichheit: der Zugang zu Gesundheitsleistungen muss für alle Bevölkerungsgruppen gleich sein. Darüber hinaus ist intensiv daran zu arbeiten, das Wissen über Gesundheit und Prävention allen Zielgruppen zugänglich zu machen.
3. Wir erwarten eine nachhaltige Strukturentwicklung und den Ausbau des Gesundheitswesens: Die Stärkung der medizinischen Rehabilitation, ein



Förderprogramm zur Stärkung der mobilen Rehabilitation und die Finanzierung von Beratungsleistungen des Müttergenesungswerks.

12. Flucht und Migration: Einwanderung gestalten, Aufnahme und Teilhabe ermöglichen

1. Die Einwanderungsgesellschaft aktiv gestalten: Gegen Diskriminierung, Rassismus und Populismus für interkulturelle Öffnung
2. Wir erwarten die Sicherstellung und den Ausbau der Beratungsstrukturen im Bereich Migration und Integration
3. Wir erwarten die bedarfsgerechte Gestaltung der Unterbringung für Geflüchtete
4. Sichere Zugangswege für Schutzsuchende, Migrantinnen und Migranten
5. Teilhabe muss von Anfang an sichergestellt werden



13. Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste

1. Wir erwarten die Umsetzung von Engagementpolitik als Querschnittspolitik: Mit Bürgerschaftlichem Engagement unsere Demokratie aktiv gestalten.
2. Wir erwarten Förderungen von Engagementinfrastrukturen in allen „Lebenswelten“: Mit Digitalisierung Bürgerschaftliches Engagement aktiv fördern und gestalten.
3. Wir erwarten Freiwilligendienste allen Interessierten zu ermöglichen und zivilgesellschaftlich weiter zu entwickeln: Freiwilligendienste sichern - gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.
4. Wir erwarten gesellschaftliche Vielfalt und Diversität auch im Engagement: Inklusives Engagement für alle Menschen.

14. Berufliche Bildung und Qualifizierung in sozialen Berufen

1. Wir erwarten eine stärkere Berücksichtigung und Einbeziehung der BAGFW in die Entscheidungsprozesse zu allen Fragen der beruflichen Bildung und Qualifizierung des Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesens.
2. Wir erwarten eine einheitliche und bundesweite 100%ige Refinanzierung der Ersatzschulen der beruflichen Bildung und Qualifizierung.

Teilhabe durch gemeinwohlorientierte Digitalisierung.

1. Wir erwarten klare Schritte zu einer sozialen und gemeinwohlorientierten Digitalisierung, die sich an den Menschen ausrichtet. Digitalisierungsprozesse dürfen nicht die gesellschaftliche Teilhabe einzelner Gruppen erschweren, sondern müssen zu mehr Partizipationsmöglichkeiten für alle führen.
2. Wir erwarten die Stärkung der Vielfalt im Netz und freien Zugang zu Wissen und Dienstleistungen.
3. Wir erwarten den Ausbau und die Förderung digitaler Angebote im Rahmen der sozialen Dienstleistungen und eine verbesserte Finanzierung der Digitalisierungsprozesse in der Freien Wohlfahrtspflege.
4. Wir erwarten den Ausbau von Förderprogrammen in Bezug auf Digitalisierung speziell in der Kinder- und Jugendhilfe.
5. Wir erwarten die durchgehende Anbindung der Langzeitpflege an die Telematikinfrastruktur.



15. Gemeinnützigkeit | Entbürokratisierung | Umsatzsteuer

1. Investitionen durch Rücklagenbildung ermöglichen – Wettbewerbsnachteile ausgleichen
2. Wir erwarten mehr Klarheit und Rechtssicherheit im Umsatzsteuerrecht
3. Wir erwarten die Einführung einer Business Judgement Rule
4. Wir erwarten eine Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechtes

16. Für Soziale Innovationen ist die Freie Wohlfahrtspflege unentbehrlich

1. Wir erwarten eine verstärkte Anerkennung der besonderen Rolle der Freien Wohlfahrtspflege bei der Entwicklung, Förderung und Verbreitung sozialer Innovationen.
2. Bestehende Förderprogramme für soziale Innovationen müssen gemeinnützigen sozialen Organisationen gleichberechtigten Zugang bieten.